

# Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

1. Band Nr. 23

Ausgegeben am 4. März 1921

39. Jahrgang

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet

## Die preußische Landtagswahl und die Parteien

Von Heinrich Cunow

Die preußischen Landtagswahlen vom 20. Februar haben den Leitern der Deutschnationalen Partei eine arge Enttäuschung bereitet; denn weder haben sie den Deutschnationalen die erhoffte Mandatsziffer eingebracht, noch die bisherige Regierungskoalition gesprengt. Auf solche Sprengung haben aber, wie das alsbald nach der Reichstagswahl im Juni vorigen Jahres einsetzende Drängen der deutschnationalen Führer auf sofortige Auflösung der Preußischen Landesversammlung, die immer anmaßender auftretende Forderung einer Anpassung der preußischen Regierung an die Reichsregierung und noch mehr die selbstgefällige Provokationstaktik der deutschnationalen Fraktionsleiter in der Preußischen Landesversammlung zur Genüge bewiesen, die deutschnationalen Wahlkalkulatoren mit Sicherheit gerechnet. Man nahm ohne weiteres in den deutschnationalen Kreisen an, daß der bei der Reichstagswahl hervorgetretene »Zug nach rechts« sich inzwischen noch verstärkt hätte und der Erfolg der preußischen Landtagswahl daher ein derartiger Mandatsverlust der Sozialdemokratie sein werde, daß schließlich nur noch eine aus Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei und Zentrum bestehende Regierungskoalition übrigbleiben würde — eine Koalition, in der die Konservativen bald als die zielbewußtesten Vertreter einer monarchistischen Restauration die Führung gewinnen würden. Und einmal in Preußen wieder zur Regierung gelangt, würde sich dann bald auch Gelegenheit dazu bieten, die Aufnahme der deutschnationalen Reichstagsfraktion in die im Reiche bestehende Regierungskoalition zu erzwingen.

Das war die schöne Kalkulation der deutschnationalen Führerschaft, die auch bei einem Teil der Deutschen Volksparteiler (der früheren Nationalliberalen) und der konservativ gerichteten Elemente der Zentrumspartei auf verständnisinnige Zustimmung stieß. Die Landtagswahl des 20. Februar hat diese Kalkulation rücksichtslos zerrissen. Zwar hat sie, wie vorauszusehen war, die Mandatsziffer der Deutschnationalen Partei und der Deutschen Volkspartei wesentlich erhöht — während die Deutschnationale Partei in der verfassunggebenden Landesversammlung nur durch 50 Abgeordnete vertreten war, wird sie im neuen Landtag 75 Sitze einnehmen, und auch die Deutsche Volkspartei hat ihre Mandatsziffer von 21 auf 58 erhöht —, aber die erhoffte Zertrümmerung der Sozialdemokratie ist nicht gelungen. Wohl haben die drei bisherigen Regierungsparteien eine Reihe Sitze eingebüßt; die Mandatsziffer unserer Partei ist von 145 auf 114 zurückgegangen und ebenso die des Zentrums von 94 auf 81, die der Demokraten von 66 auf 26; doch immer noch haben diese drei Parteien eine sichere Mehrheit im künftigen Landtag. Da dieser jetzt im ganzen aus 428 Abgeordneten besteht, be-

trägt die absolute Mehrheit 215; die bisherige Regierungskoalition verfügt aber, wie eine Addition der obigen Mandatsziffern ergibt, über 221 Stimmen, und zu diesen kommen noch 11 Mandate der Deutschhannoverschen Partei, der sogenannten »Welfen«, die, wenn auch nicht in allen, so doch in den meisten politischen Fragen mit dem Zentrum stimmen, so daß man mit einer Mehrheit von 232 Regierungsstimmen gegen 196 oppositionelle Stimmen rechnen darf.

Freilich, jenes starke Übergewicht, das die Regierungskoalition bisher hatte (es standen bislang 305 Stimmen 96 gegenüber), besitzt sie nicht mehr, und auch der Zwang, trotz aller verschiedenen Ansichten und Wünsche, sich immer wieder auf bestimmte Kompromißvorschläge zu einigen, ist nicht mehr in gleichem Maße vorhanden. Schon in der bisherigen Koalition liebte es das Zentrum, manchmal — besonders bei Schul- und Kirchenfragen — aus der Reihe zu tanzen; aber im ganzen fand es sich, wenn es auch oft mit seltener Zähigkeit um seine Spezialwünsche kämpfte, doch immer wieder zu gemeinsamer Arbeit bereit. Was sollte es auch machen? Mit den Mitgliedern der deutschnationalen und der deutsch-volksparteilichen Fraktion hätte es unter Hinzufügung der Welfen doch nur über 167 Stimmen gegen 234 Stimmen unserer Partei, der Demokraten, Unabhängigen und der Kommunisten verfügt, und selbst wenn die beiden letztgenannten Fraktionen sich von jeder Mitwirkung ausgeschlossen hätten, vermochte die sozialdemokratische Fraktion mit den Demokraten einen Regierungsblock von 211 gegen 190 Stimmen zu bilden. Das Zentrum befand sich also gewissermaßen in einer Zwangslage, ein Nichtzusammenhalten mit unserer Partei und den Demokraten bedeutete für die Zentrumsparlei Selbstausschaltung aus der Regierung. Im neuen Landtag liegt die Sache wesentlich anders. Das Zentrum ist in der Lage, mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei einen konservativ-klerikal-massliberalen Mehrheitsblock bilden zu können; da es selbst mit Einschluß der Welfen 92 Mandate erlangt hat, die Deutschnationalen 75 und die Deutsche Volkspartei 58, so würde ein solcher Block 225, unter Hinzurechnung der 4 Mittelstandsmandate über 229 gegen 199 Stimmen verfügen. Eine solche rechtsgerichtete Regierungskoalition hätte also fast dieselbe Stärke wie eine neue Koalition der bisherigen Regierungsparteien.

Es ist deshalb auch meines Erachtens völlig verkehrt, wenn in einzelnen unserer Blätter von einem Weiterarbeiten des bisherigen Regierungsblocks im alten Geleise gesprochen wird. Das Zentrum wird, auch wenn der Kompromißblock zwischen Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum bestehen bleibt, doch in diesem Block eine weit bessere Stellung einnehmen als bisher, und es wird — darüber sollte man sich nicht täuschen — diese Stellung nach jeder Richtung hin auszunutzen verstehen.

Unsere Partei hat den Umständen nach im Wahlkampf recht gut abgeschnitten. Sie hat zwar nicht die Stimmenzahl und dieselbe Mandatsziffer erreicht wie im Februar 1919, sondern 31 Mandate verloren; aber sie hat gegenüber den am 6. Juni bei der Reichstagswahl für sie in Preußen abgegebenen Stimmen eine Zunahme zu verzeichnen, die man auf mehr als 400 000 Stimmen schätzen darf. Am 6. Juni 1920 sind in Preußen für die S. P. D. 3 262 617, am 20. Februar 1921 4 171 286 Stimmen abgegeben, also 908 669 mehr, doch sind letztere nicht einfach als Gewinn einzuschätzen; denn bei der Reichstagswahl am 6. Juni haben Ostpreußen und Schleswig-

Holstein nicht mitgestimmt. Man muß also, um zu einem einigermaßen zuverlässigen Resultat zu kommen, die jetzt bei der Landtagswahl in diesen Wahlkreisen für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen von den 908 669 Stimmen abziehen. Geschieht das (in beiden Provinzen sind rund 480 000 Stimmen für die S. P. D. abgegeben), so bleibt im Vergleich zum 6. Juni ein Gewinn von ungefähr 428 000 Stimmen oder zirka 13 Prozent.

Das ist sicher sehr erfreulich; aber zu jenen hellen Jubelbönen, die verschiedene unserer Parteiblätter in den letzten Tagen angestimmt haben, liegt trotzdem kein Anlaß vor. Wir sollten, wie mit so manchem Brauch aus früheren Tagen, auch mit der Angewohnheit brechen, regelmäßig unsere Erfolge zu überschätzen. Betrachten wir nicht nur die Zunahme der für unsere Partei abgegebenen Stimmen, sondern auch die Stimmenverteilung auf die verschiedenen Parteien und die in dem Wahlresultat zum Ausdruck kommende Richtung der politischen Bewegung, so weist das Gesamtergebnis der Wahl manche Züge auf, die uns wenig gefallen können. Der »Jugendlichkeits« ist keineswegs, wie so oft dieser Tage zu lesen war, abgewehrt oder zurückgedrängt. Er tritt vielmehr deutlich hervor. Weniger innerhalb der Linksparteien, obgleich sich auch hier eine Zunahme der Wahlstimmen der S. P. D. auf Kosten der Unabhängigen konstatieren läßt, als bei den bürgerlichen Parteien. Während die Demokraten 40 Landtagsitze verloren haben, hat die Deutsche Volkspartei 37, die Deutschnationale Partei 25 Mandate gewonnen, und in gleichem Verhältnis hat die Stimmenzahl der letztgenannten Partei zugenommen. Wahrscheinlich wäre sogar ihr Erfolg noch größer gewesen, wenn nicht in den eigenen Reihen der Deutschnationalen die größte Uneinigkeit herrschte und ihr Führer, der frühere preussische Finanzminister Hergt, nicht in letzter Zeit fortgesetzt ohne Verständnis für die Psyche seiner eigenen Anhängerenschaft die größten Mißgriffe begangen hätte. Andererseits hatte freilich diese Partei in der Entente einen politischen Zutreiber ersten Ranges; denn nicht wenige der Wähler haben am 20. Februar aus Empörung über die absurden Zumutungen der Entente ihre Stimme für deutschnationale Listen abgegeben, da sie in dieser Partei die schärfste Vertreterin des deutschen Nationalbewußtseins gegenüber der PreSSIONSPolitik von Paris und London sehen.

Auch der Zerfall der U. S. P. weckt, obgleich er aus dem ganzen Charakter dieser Partei und ihrer utopischen Illusionspolitik durchaus erklärlich ist, große Bedenken; denn dieser Zerfall vollzieht sich nicht nur durch Absprenzung ihr bisher anhängender Arbeitermassen nach links und rechts, er fördert zugleich die Abwendung großer Teile der Arbeiterschaft von der Politik — den Rückfall in jene politische Gleichgültigkeit, die sich in den Worten Luft macht: »Ach, das Wählen hat keinen Zweck; es kommt doch alles, wie es soll!« oder »Warum noch wählen; die eine Partei macht nichts, die andere auch nicht, jede schwächt nur« usw.

Im Vergleich zum 6. Juni 1920 haben die Unabhängigen 1 937 000 Stimmen verloren. Da aber, wie schon erwähnt, Schleswig-Holstein und Ostpreußen am 6. Juni nicht mitstimmten, dürfte der tatsächliche Verlust mindestens 2,2 Millionen Stimmen betragen. Davon mögen, wie sich aus den Abstimmungsziffern der Wahlkreise ergibt, ungefähr eine Million den Kommunisten und vielleicht 300 000 der S. D. P.

zugefallen sein; ungefähr 900 000 haben sich in Mißmut zur Urkagezogen und nicht gewählt. Eine Tatsache, die dadurch bestätigt wird, daß gerade in jenen Wahlbezirken, die früher eine hohe Wahlbeteiligung aufwiesen und in denen die U. S. P. eine sehr hohe Stimmenzahl hatte, diesmal die Wahlbeteiligung eine sehr geringe gewesen ist. Wenigstens ist mir das aus verschiedenen Groß-Berliner Wahlbezirken von durchaus sachverständigen Beobachtern der Wahlhandlungen berichtet worden, und zwar sollen vielfach gerade Arbeiter, Angestellte, Kleinhandwerker und deren Frauen, oft trotz mehrfacher Aufforderung der Schlepper, nicht zur Abstimmung gekommen sein. Das ist eine sehr bedenkliche Folge der inaktiven, mit eingebildeten Größen arbeitenden Illusionspolitik der U. S. P.; denn diese Rückkehr der Massen zur politischen Indifferenz wird aller Erfahrung nach bald weiter zunehmen. Sie ist stets, in allen Revolutionen, das Hindernis gewesen, an dem so viele Hoffnungen, auch berechnete, zerschellten, und das den Reaktionären die Möglichkeit bot, das Gestürzte wieder aufzurichten.

Daß solcher Rückgang der U. S. P. eintreten würde, war seit dem Spektakelkongreß von Halle vorauszusehen, wenn auch der Auflösungsprozeß schneller und gründlicher eingeleitet hat, als man damals annehmen durfte. Festen, soliden Boden hat diese Partei nie unter ihren Füßen gehabt. Sie beruht einerseits auf der Konservierung alter, durch die Kriegs- und neuere Wirtschaftsentwicklung überholter Illusionen und Traditionen, andererseits auf einer Zusammenhäufung von Stimmungen und Verstimmungen. Derartige Grundlagen bieten keiner Partei festen Halt, und so erleben wir denn an der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei das seltsame Schauspiel, daß sie, die nach dem Kapp-Putsch infolge der von diesem hinterlassenen Aufspießung der Leidenschaften bei der Reichstagswahl mehrere Millionen Wähler an die Wahlurne heranbringt, knapp vier Monate später auf das Gehob von Moskau hilflos auseinanderfällt, und weitere vier Monate später bei der preussischen Landtagswahl nur noch über den drückenden Teil der Wähler verfügt, die acht Monate früher begeistert ihrem Rufe folgten. Ein trauriges, wenn auch nicht unverdientes Schicksal.

Ganz selbstverständlich wendet sich von den Fahnenflüchtigen nur der kleinste Teil nach rechts, der größte Teil wird von den ins kommunistische Lager übergegangenen mitgerissen, und ein anderer, dritter Teil verfällt der politischen Gleichgültigkeit. Dennoch bedeutet die Abspaltung kleiner und großer Partikel nach rechts und links den Beginn einer allmählichen Wiedervereinigung großer Teile der im März 1916 von der alten deutschen Sozialdemokratie Abgefallenen mit dem Hauptstamm. Zunächst schwenkt ganz naturgemäß die Masse der Enttäuschten nach links zur kommunistischen Partei ab; aber auch dort wird nicht ihres Bleibens sein, wenn in Rußland der unausbleibliche Rückschlag eintritt, die russische Unterstützung ausbleibt und die bittere Erfahrung, die Erkenntnis, allzu kritiklos utopistischen Zielen nachgejagt zu haben, in die Köpfe hämmert.

Das ist freilich ein etwas langwieriger Prozeß, und es ist begreiflich, wenn Parteigenossen mit gutem Herzen, aber mit geringem psychologischen Verständnis diesen Prozeß gern abkürzen und eine schnelle Einigung zwischen der S. P. D. und der U. S. P. herbeiführen möchten. Der bisherige Verlauf ihrer Einigungsbestrebungen sollte sie allerdings allmählich belehrt haben,

daß für die Erfüllung ihrer Wünsche noch nicht die nötigen Vorbedingungen gegeben sind; doch die Liebe macht blind. Und so holen sich die Parteiblätter, die merkwürdigerweise die jetzige Niederlage der U. S. P. für den geeignetsten Moment halten, ihr Liebeswerben um die Gunst der Unabhängigen zu erneuern, von deren Presse nur spöttische Abfertigungen.

Wie es scheint, ist die Hoffnung, bald zu einer Verständigung mit den Unabhängigen zu kommen, auch eines der Hauptmotive, welches einige Parteiblätter zu energischen Protesten gegen eine Ausdehnung der preußischen Regierungskoalition, das heißt zu einer Aufnahme der Deutschen Volkspartei in den Dreibund »Mehrheitssozialdemokratie — Demokratie — Zentrum« bewegt. Sie betrachten solche Einbeziehung der Deutschen Volkspartei als eine Schwenkung nach rechts und behaupten, daß die bisherige Regierungskoalition, wenn auch ihre Basis etwas verengert sei, die Regierungsgeschäfte in gleicher Weise fortzuführen vermöge wie in der abgelautenen Sessionsperiode. Das ist höchstens halb richtig. Selbst wenn die alte Regierungskoalition fortbesteht, wird, wie schon vorhin ausgeführt wurde, das Zentrum in dieser eine ganz andere Stellung einnehmen wie bisher; zudem erhält es die Möglichkeit, jederzeit mit den beiden rechtsstehenden Parteien zusammen eine Koalition von ungefähr gleicher Stärke zu bilden. Ferner ist mit verstärkten Angriffen von links zu rechnen, da Unabhängige und Kommunisten, die bislang zusammen nur 23 Sitze hatten, jetzt über 59 Mandate verfügen, und schließlich wird sich infolge des Vorgehens der Entente der Preußische Landtag voraussichtlich vor sehr schwierige Aufgaben gestellt sehen. Auch die Vergrößerung der Spannung zwischen Deutscher Volkspartei und Deutschnationalen und damit eine gewisse politische Isolierung der letzteren käme in Betracht. Allerdings kommt eine einfache Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die preußische Regierungskoalition ohne ganz bestimmte Zusicherungen und Garantien nicht in Frage. Zum mindesten dürfte die weitere Demokratisierung der preußischen Verwaltung nicht gehindert werden. Die Ministerposten in den Ministerien des Innern und der Landwirtschaft müßten also unbedingt wieder durch Sozialdemokraten besetzt werden.

Jedenfalls bedarf die Frage der Erweiterung des preußischen Regierungsblocks einer eingehenden Erörterung in der neugewählten sozialdemokratischen Landtagsfraktion unter sorgfältiger Abwägung der dafür und dagegen sprechenden Gründe; auf Grund der bloßen Annahme, eine solche Erweiterung bedeute eine Rechtschwenkung unserer Partei und hindere die Vereinigung mit dem Reste der U. S. P., darf diese Frage nicht entschieden werden.

## Französische Finanzen und Finanzpolitik

Von Arthur Heichen

Frankreich hat während des Weltkriegs in finanzieller Hinsicht ebenso leichtsinnig gewirtschaftet wie Deutschland, und seine Finanzlage ist deshalb höchst bedenklich. Der Betrag, den es im Jahre 1920 aus Besteuerungen und anderen Quellen ohne Anleihen aufbrachte, setzt sich wie folgt zusammen: